

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 pbbn d



Inhalt

43. Jahrgang / 65

6. April 1988

Ortwin Runde zum Erfordernis, die Massenarbeitslosigkeit zu überwinden: Unternehmer und Bundesregierung müssen einen wirksamen Beitrag leisten.

Seite 1

Dr. Alfred Emmerlich MdB zum Zwang, eine sichere und umweltfreundliche Energieversorgung aufzubauen: Ein Plädoyer für Windkraftanlagen.

Seite 3

Horst Seefeld MdEP zur Diskussion um das Kommunal-Wahlrecht für Ausländer: Die Union muß sich klar äußern.

Seite 4

Dokumentation
Der Essener SPD-Bundestagsabgeordnete Otto Reschke hat den katholischen Bischof Dr. Franz Hengsbach (Essen) gebeten, sich abermals gegen die Staatsverschuldung auszusprechen. Wortlaut seines Schreibens

Seite 6

Es geht um die Massenarbeitslosigkeit!

Die Unternehmer und die Bundesregierung müssen ihren Beitrag gegen dieses gesellschaftliche Übel leisten

Von Ortwin Runde
Landesvorsitzender der SPD Hamburg

Unsere Gesellschaft läßt es zu, daß heute 2,5 Millionen Menschen im Wohlstandsland Bundesrepublik als Arbeitslose registriert sind - und sie erlaubt sich den Zynismus, die Betroffenen dem weitmaschigen sozialen Netz zu überlassen. Wegschauen und betretenes Schweigen bestimmen die Szene.

Die vielfältigen sozialen, wirtschaftlichen und psychischen Konsequenzen für jeden Betroffenen sind hinreichend bekannt. Arbeitslosigkeit wirkt demoralisierend, zerstört Existenzen, zerrüttet Beziehungen, isoliert die Betroffenen sozial und diskriminiert wirtschaftlich. Die individuelle Verdrängung der Arbeitslosigkeit bei „Arbeitsplatzbesitzern“ geht mit der gesellschaftlichen Verdrängung des Themas Massenarbeitslosigkeit einher, ist geradezu eine Bedingung hierfür.

Es ist schon gespenstisch: Jeden macht es betroffen, wenn einzelne ihre Situation schildern - und um das politische Thema „Massenarbeitslosigkeit“ ist es seit Jahren ziemlich still gewesen.

Um diese Verdrängung aufzubrechen, ist die jetzt geführte Diskussion über Oskar Lafontaines Aussagen ein Ansatz. Wir müssen dafür sorgen, daß der Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit das Thema in der innenpolitischen Auseinandersetzung wird, damit endlich diesem Skandal der Kampf angesagt wird und auch Taten folgen.

Mit dem Wahlspruch „Den Aufschwung wählen“ hat die CDU die Wahlen im Frühjahr 1983 bestritten - und gewonnen. Fünf Jahre nach dieser Wahl weiß jeder, der Aufschwung hat stattgefunden - und ging am Arbeitsmarkt vorbei. 600.000 registrierte Arbeitslose mehr stehen am Ende des Aufschwungs 1988 gegenüber 1,7 Millionen Arbeitslosen im Rezessionsjahr 1982.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120406

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verantwortung
für inhaltliche Redaktionen
Rudolf Schwinn



Die Arbeitnehmer haben zudem fast nichts, die Unternehmer und Selbständigen fast alles bekommen, was es in den letzten Jahren am gesellschaftlichen Wohlstand zu verteilen gab. Der Anteil der Arbeitnehmer am Volkseinkommen ist auf das Niveau der 50er Jahre zurückgefallen, die Einkünfte aus Unternehmertätigkeit und selbständiger Arbeit erreichten Rekordmarken.

Da hat Herbert Ehrenberg recht, wenn er in seinem „Spiegel“-Artikel vom 14. März sagt, vor dem Hintergrund dieser Einkommensverteilung in der Bundesrepublik sei der „Ruf nach einem Solidaritätsoffer der Arbeitnehmer zur Verbesserung der Beschäftigungslage verteilungspolitisch machbar“.

Und wenn die Unternehmenseite begeistert zustimmt, ein Lohnverzicht sei jetzt geboten, Arbeitszeitverkürzungen ohne Lohnausgleich das Heilmittel, dieselben Unternehmensvertreter - zum Beispiel der Präsident der Arbeitgeberverbände - sich aber kategorisch weigern, eigene Verantwortung im Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit zu übernehmen, dann ist das schlichter Zynismus gegenüber den Arbeitslosen und den Gewerkschaften.

Im Kampf um die Stahlstandorte im Ruhrgebiet haben die Rheinhausener einen wichtigen ersten Erfolg erkämpft. Das umfassende Bündnis aller sozialen Kräfte hat in der dortigen Region dazu geführt, endlich die Untätigkeit der Bundesregierung zu durchbrechen und finanzielle Hilfen zu ermöglichen. Mit diesem ersten Schritt ist ein Signal gesetzt worden.

Der Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit erfordert das gleiche gemeinsame Eingreifen. Die Bundesregierung und die Unternehmer sind jetzt gefordert, der brutalen „Umverteilung“ der Arbeit auf dem Rücken der Arbeitslosen entgegenzutreten. Jetzt von dieser Seite den Arbeitnehmern die alleinige Verantwortung zuzuschieben, nach dem Motto „wenn es für alle nicht reicht, springen die Armen ein“, zeigt deutlich, wie es um die soziale Gesamtverantwortung in dieser Gesellschaft gegenwärtig gestellt ist.

Die Bereitschaft der Arbeitnehmer und Gewerkschaften, Solidarität zu üben, ist einer der Gründe gewesen, weshalb die IG-Metall unter schwierigsten Bedingungen den Kampf um die 35-Stunden-Woche aufgenommen hat. Eine Umverteilung der Arbeit muß im Effekt zu mehr Arbeitsplätzen führen, dafür muß gekämpft werden. Eine solche Umverteilung der Arbeit ist neben den vielen anderen notwendigen Maßnahmen im Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit der wichtigste Schritt, der gegangen werden muß.

Hier sind die Unternehmer gefordert, und vor allem muß die Bundesregierung ihren Beitrag gegen das gesellschaftliche Krebsübel Arbeitslosigkeit leisten.

(-/6.4.1988/rs/ks)

Ein Plädoyer für Windkraftanlagen

Zum Zwang eine sichere und umweltfreundliche Energieversorgung aufzubauen

Von Dr. Alfred Emmerlich MdB

Ich habe einen Sprecher der Interessengemeinschaft Windpark Nordwestdeutsches Binnenland aufgesucht. Er selbst betreibt seit 1982 eine Windkraftanlage, die seinen Energiebedarf für Strom, Raumheizung und Warmwasserversorgung deckt. Insbesondere im Winterhalbjahr erzeugt die Anlage Strom über den eigenen Bedarf hinaus. Dieser wird ins öffentliche Netz abgegeben.

Der Interessengemeinschaft Windpark gehören auch Mitglieder an, die erst eine Windkraftanlage errichten wollen. Mir wurde mitgeteilt, daß diese Interessenten auf unglaubliche, manchmal sogar unüberwindbare Schwierigkeiten im Baugenehmigungsverfahren stoßen. Das sei, so wurde mir berichtet, ein wesentliches, vielleicht sogar das entscheidende Hindernis für die Markteinführung von Windkraftanlagen.

Wenn dem so ist, muß dieses Investitionshindernis so schnell und weitgehend wie möglich ausgeräumt werden.

Gewiß geht es nicht an, daß in Siedlungsgebieten völlig ungehindert Windkraftanlagen errichtet werden dürfen. Sonst aber sollte der Einwand der Landschaftsverhandlung grundsätzlich nicht zur Versagung der Baugenehmigung führen dürfen.

Wir müssen die regenerierbaren Energien so weit wie möglich nutzbar machen. In dem Maße, in dem das Investitionsvolumen steigt, wird der Stückpreis verringert, werden technologische Verbesserungen möglich, wird also die Effektivität und die Rentabilität und damit der Anteil der sicheren und umweltschonenden Windkraft an unserer Energieversorgung erhöht. Zugleich wird der Anteil umweltgefährdender und die Sicherheit beeinträchtigender Stromenergie herabgesetzt.

Es wird befürchtet, daß die Betreiber von Kern- und Kohlekraftwerken sich dem Ausbau der Windkraft in den Weg stellen. Auch dadurch, daß sie ihren Einfluß im Staat und in den Kommunen geltend machen, damit im Baugenehmigungsverfahren möglichst hohe Barrieren aufgetürmt werden. Bei aller Anerkennung der Interessen der Elektrizitätswirtschaft und der dort Beschäftigten - der Zwang zum Aufbau einer sicheren und umweltfreundlichen Energieversorgung macht es erforderlich, alle Signale für die Erschließung regenerativer Energiequellen einschließlich der Windkraft auf „freie Fahrt“ zu stellen.

Die Interessen der Kern- und Kohlekraftwerksbetreiber rechtfertigen es auch nicht, den Stromabnahmepreis für Windkraftanlagen zu niedrig festzulegen. Dieser Stromabnahmepreis muß durch unabhängige Sachverständige überprüft werden.

Wenn überschüssiger Strom aus Windkraftanlagen kostendeckend zur Produktion von Wasserstoff genutzt werden könnte, dann wäre das ein wichtiger, in seiner Bedeutung kaum zu überschätzender Fortschritt auf dem Weg zur langfristigen und endgültigen Sicherung unserer Energieversorgung. Geräte, durch die im Wege der Elektrolyse aus Wasser Wasserstoff hergestellt werden kann, gibt es. Sie sind allerdings noch zu teuer. Die Rentabilität wäre durch eine staatliche Förderung der Markteinführung jedoch mit hoher Wahrscheinlichkeit schon in absehbarer Zeit zu erreichen.

Von ausschlaggebender Bedeutung wären absatzstärkende Maßnahmen. Diese allein schon würden zu einer kontinuierlichen Preissenkung führen und zur Leistungssteigerung. Durch öffentliche finanzielle Förderung mit Investitionshilfen und Steuererleichterungen ließe sich die ungedingt notwendige Absatzförderung nach dem Urteil von Fachleuten durchaus in Gang setzen.

Geben wir denen, die für ihre Landwirtschaft, für ihr Gewerbe oder für ihren Industriebetrieb eine Windkraftanlage errichten wollen, eine Chance. Unterstützen wir sie finanziell, wenn sie mit dem überschüssigen Strom aus ihrer Windkraftanlage Wasserstoff produzieren.

Indem wir das tun, leisten wir einen vielleicht unverzichtbaren Beitrag dazu, daß wir in das Solarzeitalter eintreten.

(-/6.4.1988/vo-he/rs)

Das Kommunalwahlrecht für Ausländer steht auf der Tagesordnung

Die Union muß sich klar äußern

Von Horst Seefeld MdEP
Vizepräsident des Europäischen Parlaments

Niemand ist daran gehindert, klüger zu werden. Und manches, was richtig ist, hat nicht immer gleich Erfolg.

Diese Wahrheiten gelten in besonderer Weise für christdemokratische Politiker und im besonderen Fall für die Gewährung des Wahlrechtes an ausländische Mitbürger in der Bundesrepublik. Noch im Dezember des vergangenen Jahres habe ich bei einer Debatte im Europäischen Parlament darauf hingewiesen, daß es eigentlich schwer verständlich sei, weshalb das Kommunalwahlrecht für Ausländer in unseren Ländern nicht längst eingeführt wurde. So werde seit dem Pariser Gipfel aus dem Jahr 1974 ständig darüber geredet, doch neben den großen Lippenbekenntnissen sei in der Zwischenzeit nicht sonderlich viel dabei herausgekommen. Ich verwies in diesem Zusammenhang darauf, daß Irland, Dänemark und die Niederlande Bürgern aus der Europäischen Gemeinschaft und auch solchen, die aus anderen Ländern kommen, das Kommunalwahlrecht inzwischen eingeräumt hätten. Das Europäische Parlament hat dann an jenem Tag einen Bericht meines Fraktionskollegen Heinz-Oskar Vetter diskutiert.

Vetter und auch Abgeordnete aus anderen Fraktionen hatten sich für die Gewährung des kommunalen Wahlrechtes für ausländische Mitbürger in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft ausgesprochen. Dabei war die Christdemokratische Fraktion, die im Europäischen Parlament EVP-Fraktion heißt, durch ihre französische Sprecherin Nicole Fontaine zwar für das Kommunalwahlrecht für Bürger aus anderen EG-Staaten eingetreten, jedoch gegen die Ausdehnung dieses Wahlrechtes auf Staatsangehörige anderer Länder. Immerhin ging sie damit weiter als manche Abgeordnete von CDU und CSU, die klar und unmißverständlich erklärten, daß sie sich gegen jedwedes Kommunalwahlrecht für Ausländer aussprächen.

Ich will noch einmal aus meiner damaligen Rede zitieren: „In meinem Land und auch in anderen haben sich die Kirchen, die Gewerkschaften, die Europa-Union, viele Einzelpersonlichkeiten, aber leider nicht alle politischen Parteien der Forderung angeschlossen. Deshalb appelliere ich auch an die Kollegen aus anderen Parteien, in ihren jeweiligen Ländern dafür zu sorgen, daß die Frage des Kommunalwahlrechtes für Ausländer nicht mehr von der Tagesordnung kommt und zu einer positiven Lösung gebracht wird.“

Dieser Appell muß offensichtlich gehört worden sein. Vielleicht weniger bei verschiedenen Europa-
abgeordneten aus CDU und CSU, dafür umso deutlicher bei der Innenpolitischen Arbeitsgruppe
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Diese hat jetzt ein Papier ihres Vorsitzenden Gerster (CDU) in
seinen Grundzügen gebilligt. Dort wird zwar ein kommunales Wahlrecht für alle Ausländer abgelehnt,
aber ein kommunales Wahlrecht für Ausländer aus EG-Staaten mit Zustimmung gewünscht. Der Ab-
geordnete Gerster sagte Pressemeldungen zufolge, er stehe einem auf Gegenseitigkeit in allen EG-
Mitgliedstaaten gewährten kommunalen Wahlrecht für EG-Ausländer „grundsätzlich positiv“ gegen-
über. Ein kommunales Wahlrecht für alle Ausländer lehne er ab, weil dies den Anreiz zur Integration
und zur Einbürgerung schwäche.

Es bleibt nun abzuwarten, wie die Beratungen über den von der SPD-Bundestagsfraktion eingebrach-
ten Antrag zum kommunalen Wahlrecht für EG-Ausländer in der Beratung des Bundestages vorange-
hen werden. Für die CDU/CSU-Fraktion wird dies sicherlich eine weitere Zerreißprobe darstellen,
denn der CSU-Rechtspolitiker Sauter nannte dieses Vorhaben „eindeutig verfassungswidrig“ und er
lehnte auch „ein Sonderrecht für Ausländer aus EG-Staaten“ ab. Auch das Zimmermannsche Bundes-
innenministerium hat verfassungsrechtliche Bedenken gegen ein kommunales Wahlrecht für Auslän-
der geäußert. Die Union wird in der jetzt in Bonn in Gang gekommenen Debatte sich klar zu äußern
haben. Es geht nicht an, daß in unserem Land weiter nach dem Motto gehandelt wird, als Steuerzahler
nehme man jeden, dagegen für die Mitbestimmung im kommunalen Bereich schließe man jeden aus,
der nicht die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt. Dieses undemokratische Verhalten muß schnellstens
geändert werden. Schließlich ist jeder von uns Ausländer, es kommt doch nur darauf an, wo man gera-
de lebt.

(-/6.4.1988/rs/ks)

* * *

DOKUMENTATION

Eine Bitte an Bischof Hengsbach

Der Essener SPD-Bundestagsabgeordnete Otto Reschke hat den katholischen Bischof Dr. Franz Hengsbach (Essen) gebeten, sich abermals gegen die Staatsverschuldung auszusprechen. Reschke erinnert den hohen Geistlichen in diesem Zusammenhang an Äußerungen im Wahlkampf 1980. Das Schreiben hat folgenden Wortlaut.

Eure Exzellenz,

vor 7 1/2 Jahren - im September 1980 - wurde zwei Wochen vor der Bundestagswahl in allen katholischen Kirchen ein sehr umstrittener Hirtenbrief verlesen. Umstritten war er, weil die katholischen Bischöfe in „ihrem Brief“ zur Bundestagswahl politische Positionen der damaligen sozial-liberalen Regierung entschieden kritisierten und damit den Anschein heraufbeschworen, eventuell für die damalige Opposition Wahlhilfe zu betreiben.

Einer der vier besonders hervorgehobenen Kritikpunkte lautete: „Die Regierung lebe über ihre Verhältnisse. Die Ausweitung der Staatstätigkeit, die damit verbundene Bürokratie und die gefährliche Höhe der Staatsverschuldung“ müßten „jetzt korrigiert werden“.

Da Sie, Exzellenz, zu den aufkommenden Vorwürfen, das Wort der deutschen Bischöfe zur Wahl nehme einseitig Partei, am 19. September 1980 eindeutig Stellung bezogen, indem Sie erklärten, „das Wort zur Wahl“ ist kein parteiliches, sondern ein kirchliches Wort, das die gerade bei einer politischen Wahl zu beachtenden sittlichen Werte hervorhebt, möchte ich mich aufgrund dieser Aussage heute an Sie wenden.

Nachdem Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg vor vier Jahren bekannt gegeben hatte, daß in wirtschaftlich günstigen Zeiten überhaupt keine Schulden gemacht und alte Schulden wieder zurückgezahlt werden und daß die jetzt vom Bundeskabinett beschlossene Steuerreform die Finanzen nicht wieder in Unruhe bringen dürfte, stellte er Anfang des Jahres nun fest, daß „wir“ im Zusammenhang mit der Reform einen gewissen Anstieg der Neuverschuldung in Kauf nehmen müssen. Hinzu kommt, daß dieser geplante massive Anstieg der Neuverschuldung im Jahre 1988 von über zehn Milliarden DM auf 40 bis 50 Milliarden DM sich allein durch Ausfall des Bundesbankgewinnes im Haushalt 1988 mit sechs Milliarden DM veranschlagt und Mehrbelastungen von vier Milliarden DM durch die Europäische Gemeinschaft errechnet werden. Die durch die Bundesregierung mit ihrem Jahreswirtschaftsbericht zurückgenommenen Wachstumserwartungen für das Jahr 1988 sowie die Tatsache, daß ein gleichzeitiger Anstieg der Arbeitslosigkeit erwartet wird, sind dabei noch nicht einmal berücksichtigt worden. Ebenfalls kommt hinzu, daß die anstehende Steuerreform 1990 Arbeitnehmer mit ihren Familien und den Staat in ihrer finanziellen Substanz nicht gerade fördern werden.

Ihre Feststellung 1980, daß wir in der Gefahr leben, über unsere Verhältnisse zu leben und damit die Lebenschancen unserer Kinder belasten, ist sicherlich Anlaß genug, erneut die Bundesregierung auf ihren falschen wirtschafts- und finanzpolitischen Kurs hinzuweisen.

Mit Hinweis auf diese Fakten möchte ich höflich nachfragen beziehungsweise Sie bitten, ob Sie unter solchen Voraussetzungen die damalige Forderung nach Korrektur der Ausweitung gefährlich hoher Staatsverschuldung nicht noch einmal wiederholen könnten; denn diese Forderungen, so erklärten Sie, seien konkrete Anwendung wichtiger Prinzipien der katholischen Soziallehre und damit Bestandteil der christlichen Verkündigung, „die uns zu jeder Zeit aufgegeben ist“.

Mit freundlichen Grüßen
gez. Otto Reschke

(-/6.4.1988/rs/ks)

* * *